

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Albrechtshain, Anneshain, Buscha, Vorsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinge, Köhler, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Throna usw.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Verkauf wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr  
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—,  
ohne Anzeigen. Post einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer  
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer  
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. Ein-  
zeiler 1.50, Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,  
spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Austräge entgegen. —  
Belegungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Red.: Emil Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: G. A. G. Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 87

Sonntag, den 24. Juli 1921

32. Jahrgang

### Schlussdienst.

Probennachrichten vom 28. Juli.

Die Umfassener für Brotgetreide.

Berlin. Der Verband der Getreide- und Futtermittelver-  
einigungen Deutschlands ist an Reichsregierung und Reichs-  
tag mit dem Ersuchen herantreten, von einer Erhöhung der  
Umfassener für Brotgetreide und Futtermittel abzusehen, weil  
sie eine unerträgliche Belastung des notwendigen Konsums  
der breiten Masse darstellen würde.

Rückkehr eines deutschen Auslandsdampfers.

Hamburg. Der Dampfer „Hindenburg“ von der Reederei-  
Aktiengesellschaft Hugo Stinnes ist von seiner ersten Reise nach  
La Plata und Brasilien mit voller Ladung zurückgekehrt.

Der obersteilische Kantapfel.

Paris. Bei dem englisch-französischen Zwiepsatz über  
Oberstleien handelt es sich nicht bloß um Verhärten in  
Oberstleien oder um das Datum der Konferenz, sondern, wie  
„Echo de Paris“ sagt, um die zukünftige Politik gegen Deutsch-  
land. England will Deutschland das Industriegebiet über-  
lassen und glaubt, daß die Deutschen stark genug sind, diesen  
Besitz zu verteidigen, wenn er ihnen als rechtmäßig durch den  
Obersten Rat zugesprochen worden ist. Frankreich dagegen  
denkt, daß die Verwirrung kein Ende nimmt, wenn die Allie-  
ierten nicht Deutschland durch militärische Übermacht Respekt ein-  
flößen.

82 Millionen gegen 70 Millionen.

Wien. Ein Wiener Blatt wünscht den Abschluß eines  
französisch-polnisch-schlesischen Bündnisses. Als Bun-  
desgenosse der Tschecho-Slowakei komme außer Frankreich nur  
noch Polen in Betracht. Diese Vereinigung würde 82 Millio-  
nen Menschen umfassen, und würde durch diese Zahl vor dem  
70-Millionen-Deutschland geschützt sein. Es ist ersichtlich, was  
man von dem waffenlosen Deutschland alles befürchtet.

England rüht weiter.

London. In Erwiderung auf eine Anfrage, ob die eng-  
lische Regierung Beschlüssen auf neue Großkampfschiffe  
machen werde, bevor die Ergebnisse der Verhandlungen wegen  
Verstärkung zur See bekannt seien, erwiderte Lloyd George,  
die Regierung habe die Verpflichtung, vereinzelte Schiffe zu  
erlefen. Er hoffe, daß es durch Verhandlungen zwischen den  
Großmächten möglich sein werde, den Rüstungswettbewerb  
jezt und in Zukunft zu vermeiden, aber die Admiralität habe  
die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Marine über erstklassiges  
Material verfüge. Der Erfolg von vereinzelten Schiffen werde  
den Erfolg oder Mißerfolg der Washingtoner Konferenz nicht  
berühren.

Frankreich passiv Resisten.

London. Ein diplomatischer Berichterstatter des „Daily  
Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung bleibt bei ihrer  
energisch ausgeprochenen Abergzeugung, daß die Frage von  
Oberstleien, der Sanctionen am Rhein und der Kriegsschuldi-  
gen ohne weitere Verzögerung verhandelt werden soll.  
Verschiedene Punkte der Reparationsfrage bilden keinen weite-  
ren Ausschub. Es wäre zwecklos, alle Meinungsverschieden-  
heiten zwischen London und Paris zu verheimlichen. Nach  
Ausschließung der britischen Regierung kann die Lage nicht so  
bleiben, da äußerst kritische Probleme durch eine Art passiver  
Resistenz von Seiten Frankreichs ausgehalten werden.

Die offene Tür in China.

Tokio. Das japanische Programm für die Konferenz in  
Washington enthält den Grundsat: Durchführung des Prin-  
zips der offenen Tür und des gleichen Rechts für alle. Des-  
halb werde Japan in Vorschlag bringen: Zurückziehung aller  
ausländischen Beamten in China, vor allem der englischen  
Postbeamten und der französischen Postbeamten.

Verschiedene Meldungen.

Berlin. Die Ablieferung von Milchfäßen an die Entente  
ist nach einer Mitteilung vorläufig eingestellt worden, da die  
Entente im Interesse der Volksernährung sich zunächst mit  
tragenden Säcken und Körben begnügen will.

Wien. Die französische Polizei verhaftete in Soppat  
zwei marokkanische Soldaten, die ein deutsches Mädchen verge-  
waltigt hätten.

Barcelona. Die Attentate in Barcelona dauern fort.  
In den letzten Tagen forderten sie fünf Opfer unter den Arbeit-  
ern, darunter drei, die früher zum roten Syndikat gehörten.

### Hilfe für Rußland.

Es scheint, daß alle Blide sich wieder einmal nach Rus-  
land richten sollen. Nicht um rote Armeen auf raschen  
Siegeszügen oder auf nützlichen Rückwärtskonzentrierungen  
zu begleiten, nicht um abermals schauernd Zeugnis zu  
sein, wie bolschewistische Freiheitsregierungen mit inneren  
Revolutionen, mit geistigen Auflehnungen gegen ihre  
Zwangsherrschaft fertig werden können. Nein, diesmal  
handelt es sich um den Ausbruch von Hungerkatastrophen,  
wie sie die Weltgeschichte wohl noch niemals gesehen haben  
dürfte, um solche, die ganze Gouvernements des Riesen-  
reiches zu verheeren drohen. Auch hartgefrorene Sowjet-  
seelen trümmen sich vor Entsetzen in Erwartung der Dinge,  
die da kommen sollen, und sie wissen sich anders nicht mehr  
zu helfen, als daß sie das Ausland um Hilfe, um Rettung  
für ungezählte Millionen anflehen. Es fehlt an  
Lebensmitteln, es fehlt an Medikamenten, es fehlt an  
Arzten und es fehlt an Transportmitteln, und Moskau  
weiß sich keinen anderen Rat mehr, als die so lange her-  
metisch verkhloffenen Grenzen des Landes für jede Hilfe  
zu öffnen, die von auswärts kommen mag.  
Maxim Gorki, den Nachbarn der Sowjetregierung

seit langem verdächtig als Zweifler an der allein selb-  
machenden Kraft der Mächtigkeiten, wird plötzlich vorge-  
schoben als internationaler Fürsprecher des armen, ver-  
hungerten und verkommenen Volkes, weil man weiß,  
daß sein Name immer noch guten Klang hat, wo die Röhre  
nicht durch äußerste Leidenschaften besessen, die Menschen-  
herzen für Menschenleid noch immer empfänglich sind. Er  
darf mit England und den Vereinigten Staaten in Ver-  
bindung treten, er darf Gerhart Hauptmann, den deut-  
schen Dichtersfürsten, in Bewegung setzen, um dessen unge-  
heuren Kredit für Werke dringender Nächstenliebe in An-  
spruch zu nehmen. Schon in den nächsten Tagen soll er  
in Berlin eintreffen, um hier in Verbindung mit der deut-  
schen Regierung, die bereits auf Hauptmanns Veran-  
lassung einleitende Schritte zur Hilfeleistung für das russi-  
sche Volk getan hat, die Geister aufzurütteln. Das inter-  
nationale Rote Kreuz wird aller Wahrscheinlichkeit nach  
in den Dienst der Sache gestellt werden, und es versteht  
sich von selbst, daß auch in Deutschland alles geschehen  
wird, was wir bei den eigenen Kümernissen, mit denen  
wir Tag für Tag zu kämpfen haben, noch für fremde Not  
leisten können.

Es versteht sich von selbst — obwohl mancherlei leger-  
ische Empfindungen sich doch auch einstellen könnten.  
Man braucht nur sächlich daran zu erinnern, welches un-  
geheure Leid mit russischem Gelde, mit russischer Propa-  
ganda über Deutschland erst im Frühjahr dieses Jahres  
gebracht worden ist, als unsere von Moskau geleiteten  
Kommunisten mit Gewalt die Mächtigkeiten in unserer  
Mitte ausrichteten wollten. Aber wir alle sind entschlossen,  
berartige Bedenken zurückzulassen, allein schon aus dem  
Grunde, weil die jetzt von Hunger und Krankheit bedrohten  
Teile des russischen Volkes an dem verbrecherischen  
Treiben in Moskau gewiß ebenso schuldlos sind, wie das  
Gros unserer braven Arbeiterschaft in Mitteldeutschland es  
gewesen ist. Man kann von ihnen höchstens sagen, daß  
auch sie als unschuldige Opfer der verblendeten Sowjet-  
herrschaft in Betracht kommen.

Wer wird den Lenin und Trozki noch zugestehen  
wollen, daß die jetzige Hungerkatastrophe ausschließlich  
auf die Auswirkungen des Krieges sowie auf die uner-  
hörte Trockenheit dieses Sommers zurückzuführen sei?  
Ihre Aufgabe wäre es gewesen, die Produktion mit allen  
Mitteln lebendiger Volkskraft und Staatswirtschaft wieder  
anzufachen, und daß die Ernährung eines großen Volkes  
auch trotz Hitze und Trockenheit wenigstens in der Haupt-  
sache sichergestellt werden kann, haben frühere Verwaltungen  
nicht nur in Rußland zur Genüge bewiesen. Es ist  
schon so, daß Moskau alles andere eher verstanden hat,  
als das durch Krieg und Revolution heruntergewirtschaftete  
Materiel der Produktion in Stadt und Land wieder  
in Ordnung zu bringen. Solange es ging, lebte die Stadt  
vom Lande, bis schließlich auch das Land von Verwüstung  
und Produktionsstreck, von Verschwendung und Raubbau  
heimgeführt und zugrunde gerichtet wurde. Schließlich  
war es so weit gekommen, daß gerade noch das ungeheure  
Heer der Sowjetbeamten mit Nahrung versorgt werden  
konnte. Wer nicht in diesem Volkstrageder von Staats-  
bediensteten mit untertroch, lief Gefahr, früher oder später  
auf die Existenzstufe wilder Tiere herabzusinken. Wie es  
scheint, ist Rußland nun an der äußersten Grenze dessen,  
was ein Volk unter solchen Umständen ertragen kann, an-  
gelangt. In Amerika werden politische Bedingungen auf-  
gestellt — Einberufung einer konstituierenden Versamm-  
lung, Gleichberechtigung aller Parteien, Freiheit der Presse  
usw. —, ehe man sich zu wirksamer Hilfe bereitfinden will,  
und in Frankreich wird Sicherheit dafür verlangt, daß,  
was an Lebens- und Arzneimitteln nach Rußland etwa  
geschickt wird, von den Sowjetleuten nicht in den uner-  
gründlichen Tiefen ihrer eigenen Vorratskammern beiseite  
gebracht wird.

Wir wollen nicht entscheiden, ob solche Bürgschafts-  
leistungen notwendig sind; angesichts der Lage, in der sie  
sich befinden, wird aber die Moskauer Regierung jede  
Bedingung erfüllen müssen, die ihr gestellt wird, denn es geht  
nicht nur um das Leben des russischen Volkes, es geht auch  
um das Leben der Räterepublik. Es zu retten, bedeutet  
freilich eine eigenartige Zumutung für Europa. Es wird  
trotzdem helfen, soweit in seinen Kräften steht, und im  
übrigen darauf vertrauen, daß die Lage dieser Staats-  
form ohnehin gezählt sind. Denn was wider die mensche-  
liche Natur ist, kann nun einmal auch durch die äußerste  
Gewalt nicht dauernd aufrechterhalten werden. Dr. Sch.

### Neuer 50-Millionen-Kredit.

Für die Reparationszahlungen.  
Durch eine halbamtliche Mitteilung wird bekannt,  
daß der Reichsbank abermals ein Kredit über 50 Millionen  
zur Verfügung gestellt ist. Die Veröffentlichung lautet:  
Bei Bekanntgabe des Kredits von 150 Millionen  
Goldmark wurde mitgeteilt, daß die Verhandlungen mit  
internationalen Finanzkreisen zwecks Beschaffung weiter-  
er Kredite fortgesetzt werden. Wir erfahren von der  
Reichsbank, daß es durch Vermittlung des Bankhauses  
Mendelssohn u. Co. in Amsterdam gelungen ist, in-  
zwischen einen neuen Kredit von 50 Millionen Goldmark  
für die Reichsbank zu beschaffen. Verhandlungen wegen  
weiterer Kredite schweben.

Auch dieses Darlehen soll zur Erleichterung der De-  
visenzahlung an die Entente für die erste Reparations-  
milliarden dienen. Wer eigentlich die Geldgeber sind,  
wird nicht gesagt, ebenso wenig ist von den Bedingungen  
der Kreditgewährung die Rede. Es wird von unter-  
richteter Seite aber betont, daß die Reichsbank weder für  
dieses noch für das vorhergehende Darlehen Teile ihrer  
Reisenvorräte verpfänden mußte. Vereinzelt sind die  
neuen Reparationskredite mit dem bekannten deutsch-  
holländischen Kreditabkommen in Zusammenhang ge-  
bracht worden. Von einem solchen Zusammenhang kann  
keine Rede sein; der holländische 160-Millionen-Gulden-  
kredit, der ein Staatskredit ist, dient vollkommen anderen  
Zwecken als die jüngsten Reparationsdarlehen.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reine Valutaentschädigung aus Reichsmitteln.

Die Reichsregierung hat entgegen anderslautenden  
Meldungen nicht die Absicht, den durch die polnische Wäh-  
rungsgegebung geschädigten Deutschen Valutaentschä-  
digungen aus Reichsmitteln zu zahlen. Sie sieht viel-  
mehr auf dem Standpunkt, daß das vor der Ratifizierung  
des Friedensvertrages erlassene polnische Währungsge-  
setz einen unzulässigen Eingriff in die deutsche Staatshoheit  
enthält und daher von der Reichsregierung nicht aner-  
kannt werden kann.

Briand befriedigt von Deutschlands Entloftung.

Ministerpräsident Briand erklärte dem Pariser „Jour-  
nal“ über den Besuch des Vorsitzenden der Internationalen  
Kontrollkommission in Berlin, General Kollet habe ihm be-  
friedigende Nachrichten über den Stand der Entloftung  
in Deutschland gegeben. Der Kontrollkommission ward  
durch die deutschen Behörden jede gewünschte Erleichte-  
rung gegeben. Die Waffen würden gut abgeliefert und  
man könne sagen, daß Deutschland keine schwere Artillerie  
mehr besitze.

Zurückziehung der Amerikaner am Rhein?

Im Senat der Vereinigten Staaten von Amerika  
wurde eine Resolution des Republikaners Borah einge-  
bracht, die das Kriegsdepartement um Aufschluß über die  
Kosten der Unterhaltung der amerikanischen Truppen in  
Deutschland ersucht. Es wird angenommen, daß hinter  
der Resolution ein Antrag auf Zurückziehung der Truppen  
steht. Die Resolution vorab wurde im Senat ange-  
nommen. Sobald die Regierung geantwortet hat, wollen  
die Freunde Borahs versuchen, die Rückführung der  
Truppen zu erzwingen.

Aus dem Amtsbereich Dr. Gradnauer.

Der Reichsminister des Innern Dr. Gradnauer gab  
einem Journalisten näheren Aufschluß über die nächst-  
liegenden Aufgaben, die sein Ministerium gegenwärtig  
betreffen. Der Minister betrachtet vor allem die Schul-  
und Kulturpolitik als eines seiner wichtigsten Arbeitsge-  
biete. Der jetzige Zustand auf dem Gebiete der Schul-  
wesen sei unhaltbar. Aber es sei sehr schwierig, hier  
großzügig Neues zu schaffen, da das deutsche Volk und  
seine Parteien in den Weltanschauungsfragen und damit  
in den Fragen der Schulgestaltung sehr weit auseinander-  
gehen. Der Gesetzentwurf über die Lehrerbildung sei  
fertig ausgearbeitet, könne aber selber den gesetzgebenden  
Körperschaften noch nicht vorgelegt werden, da der Fort-  
schritt auf diesem Gebiete durch die Schwierigkeit unserer  
Finanzlage schwer behindert wird. Unter einer Reihe  
anderer Entwürfe, die der Minister ankündigte, sei noch  
ein Gesetzentwurf zur Errichtung einer Reichskriminal-  
polizei erwähnt. Es handelt sich dabei um eine bessere  
Bekämpfung des Verbrechertums durch Errichtung einer  
Reichsstelle, die in ständiger Gemeinschaft mit den Lan-  
despolizeibehörden arbeiten soll.

Rein Ende mit Erzberger-Gerüchten.

Die München-Augsburger Abendzeitung veröffentlicht  
eine auch in andere Zeitungen übergegangene Nachricht,  
daß der Abgeordnete Erzberger vom Reichszentraler beauf-  
tragt worden sei, einen ausführlichen Plan für die be-  
vorstehende Steuerreform auszuarbeiten, und daß  
ihm zu diesem Zweck zwölf Sachverständige unterstellt  
worden seien. Diese Meldung ist nach halbamtlicher Er-  
klärung völlig aus der Luft gegriffen. Es wird festge-  
stellt, daß der Abgeordnete Erzberger von der Regierung  
keinerlei Auftrag zur Mitarbeit an der Steuerreform  
erhalten hat, und daß mit ihm wegen eines solchen Auf-  
trages niemals verhandelt wurde.

Frankreich.

× Nachprüfung der Urteile gegen deutsche Gefangene.  
Das Blatt „Humanité“ meldet, der französische Justiz-  
minister habe den Generalsstaatsanwalt angewiesen, auf  
die zahlreichen deutschen Beschwerden eine Nachprüfung  
der Urteile gegen die in den Strafanstalten noch befind-  
lichen deutschen Kriegsgefangenen anzuordnen. Das Blatt  
bestätigt, daß in den letzten Tagen mehrere Begna-  
digungen verurteilter deutscher Gefangener erfolgt  
sind.

berhaften. Es  
ein Danziger,  
den Dampfes  
trugen ein Ge-  
mer Frau in  
junger Mann,  
lebernen Koffer  
nicht wieder-  
darin außer  
arrenfeuerban-  
koffer. Der un-  
rückgelehrt.  
ohne, Vorsdorf. —  
unter Tract und die  
Kalt in Naunhof —  
ert  
all  
Naunhof.  
ds 1/2, 8 Uhr  
end  
g, Leipzig,  
ze.  
Balladen von:  
ann, Gernerth  
im Preise von  
haben. ....  
n-Klubs  
Brandis  
nshain.  
eiben  
eiden  
st sich  
Kampfermstr.  
n der Eltern, für  
ihrer Verlobung.  
r-Hochzeit  
Geschenke  
indlichst  
FRAU.  
st